

Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll zu TOP 18 und 19 A Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

74. Sitzung

6. Mai 2020

Beginn: 12.10 Uhr
Schluss: 16.20 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf:

Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – 07

Punkt 18 der Tagesordnung

Zwischenbericht SenUVK – II D 3 – vom 01.04.2020
Investitionsbedarf für Landesbrunnen
(Berichtsauftrag aus der 63. Sitzung vom 13.11.2019)
m.d.B. um Fristverlängerung bis zur Sitzung am
12.08.2020
(in der 73. Sitzung am 22.04.2020 von der Konsensliste
genommen und auf die Tagesordnung dieser Sitzung
gesetzt)

2789

Haupt

Herr Heinemann – bitte!

Sven Heinemann (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Mich interessiert, warum es den Bezirken so schwerfällt, hier Auskunft zu geben. Der zweite Punkt ist: Was ist denn in dem Fachbereich seit den Haushaltsberatungen im November gelaufen? Wir haben uns dort intensiv mit den Landesbrunnen beschäftigt und hatten jetzt leider im April schon die erste Hitzeperiode, in der viele Brunnen zum Gießen der Pflanzen hätten eingesetzt werden können. Mein Eindruck ist zumindest aus meinem Wahlkreis, dass nach wie vor sehr viele Brunnen defekt sind.

Vorsitzende Franziska Becker: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. – Herr Tidow, mit der Bitte um Beantwortung. – Bitte!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Frau Vorsitzende! Herr Abgeordneter! – Ja, warum fällt es den Bezirken schwer? – Wir haben schon festgestellt, dass es bei der Erarbeitung des Zwischenberichts eine gewisse Zeit gedauert hat. Es ist Corona dazugekommen, sodass diese Frage angesichts anderer Prioritäten erst einmal zurückstehen musste. Das ist auch der Grund dafür, dass wir uns entschieden haben, den Bericht jetzt erst einmal so vorzulegen, weil doch eine ganze Menge Informationen enthalten sind und deutlich wird, dass in der Tat gerade bei den Landesbrunnen, die sich in der Zuständigkeit der Bezirke befinden, noch erhebliche Mittel fehlen.

Die zweite Frage bezog sich auf die Bewässerung und die Instandsetzung. Wir als Umweltverwaltung, die für die Bundesbrunnen zuständig sind, können immer nur die Summen an Geld beim Bund geltend machen und akquirieren, von denen uns die Bezirke signalisieren, was sie in der Lage sind, instand zu setzen. Das machen wir. Ich glaube, gemeinsam wäre es in der Tat wünschenswert, hier ein Stück voranzukommen. Das liegt aber nicht in unserer originären Zuständigkeit und wir müssen uns da nach den Kapazitäten der Bezirke richten.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Es ist ein bisschen misslich, der Kollege Heinemann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir das Thema schon länger politisch diskutieren. Sicher ist das durch Corona ein bisschen komplizierter geworden, aber in diesem Jahr passiert quasi nichts, ist die Aussage. Wenn am 12. August irgendwie ein Bericht kommt, dann ist der Sommer bald vorbei und Sie werden uns erklären, die werden ohnehin in ein paar Wochen abgeschaltet, weil die Saison zu Ende ist – und dann war es das. Man hat jetzt im Gegensatz zu anderen Themenfeldern, wo Sie trotz Corona beachtliche Aktivitäten an den Tag legen konnten – alles, was mit Farbe zu tun hat, geht schneller, als das, was mit Brunnen zu tun hat. Da stellt sich schon die Frage – da bin ich ganz beim Kollegen Heinemann –, warum das Thema nicht mit einem größeren Nachdruck bei Ihnen verfolgt wird. Ich ermuntere Sie, dass Sie uns zu Ende Mai etwas Konkreteres im Rahmen des Nachtrags vorschlagen oder vortragen. Irgendjemand wird in den zuständigen Bereichen auch in den Bezirksverwaltungen ab nächster Woche wieder im Büro sein. Wenn Sie einmal gucken, vielleicht finden Sie diejenigen auch. Vielleicht können Sie dann etwas berichten – unter Berücksichtigung der Feiertage. Da kann man sich die Brunnen, die nicht funktionieren, alle angucken.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider – bitte!

Torsten Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich nehme das mal zum willkommenen Anlass – muss das dann nicht bei einem anderen Tagesordnungspunkt machen, wo es eigentlich passender wäre: Ich habe gerade noch einmal mit dem Kollegen Heinemann gesprochen, wir haben unsere Fragen im November gestellt. Da war nach meiner Kenntnis und den Geheimdienstberichten, die jetzt öffentlich kursieren, noch nicht einmal in China Corona. Nehmen Sie bitte einmal freundlicherweise mit – ich bitte um ein Wortprotokoll –: Wir haben in der nächsten Hauptausschusssitzung die Antwort der Bezirke, ansonsten haben wir hier zwölf Bezirksbürgermeister hier sitzen. Das ist das geübte Verfahren in solchen An-

gelegenheiten. Veräppeln lassen muss ich mich – von den Bezirken wohlgemerkt! – in dieser Frage nicht. Da hilft mir nicht die Begründung Corona. Corona ist da nicht tauglich.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Herzlichen Dank! – Wir nehmen die Bitte des Hauptausschusses natürlich noch einmal mit, werden sie an die Bezirke übermitteln. Ich kann einfach nur noch einmal sagen, dass wir für die Bundesbrunnen bei uns die Zuständigkeit sehen, aber uns natürlich auch in der Verantwortung sehen, den Wunsch des Hauptausschusses an die Bezirke weiter zu transportieren. Wir können im Augenblick auch nicht viel mehr machen als die Dringlichkeit deutlich zu machen. Das werden wir natürlich gerne tun.

Vorsitzende Franziska Becker: Wir haben jetzt ein Wortprotokoll, das hat Herr Schneider beantragt. – Her Heinemann, bitte!

Sven Heinemann (SPD): Vielen Dank! – Zu dem Wunsch des Ausschusses und zu den Bezirken ist alles gesagt worden. Das will ich jetzt nicht noch einmal wiederholen. Wir haben als Abgeordnetenhaus auch die Auflage erteilt, dass mal ein Konzept erarbeitet werden soll, wie die Wartung und die Verantwortung für die Brunnen bei den Wasserbetrieben angesiedelt werden können. Können Sie sagen, ob da bereits erste Gespräche stattgefunden haben und ob man schon an dem Konzept arbeitet?

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Staatssekretär – bitte!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Mit Ihrem Einverständnis, Frau Vorsitzende, würde ich Herrn Dr. Wedewardt von der Wasserbehörde bitten zu antworten.

Vorsitzende Franziska Becker: Gut. – Bitte, Herr Dr. Wedewardt!

Dr. Marec Wedewardth (SenUVK): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Lassen Sie mich erst einmal auf die Frage des Abgeordneten Heinemann zu dem Auflagenbeschluss antworten. Der Auflagenbeschluss und der Berichtsauftrag haben eine Schnittmenge, nämlich den Investitionsbedarf für die Landesbrunnen. Das heißt, hier ist Doppelarbeit erforderlich. Zu Ihrer Frage zu dem Konzept: Das befindet sich in der Endfassung, weil unser interner Abgabetermin bereits am Montag liegt. Das heißt, diesen Auflagenbeschluss werden wir zeitnah und pünktlich gemäß der Anforderungen erfüllen.

Zu der Frage davor möchte ich ergänzen: Ja, der Berichtsauftrag wurde uns im November übermittelt. Es wurde im November und Dezember aber auch noch einmal hier im Abgeordnetenhaus erläutert, dass die Senatsverwaltung gar nicht für die Landesbrunnen zuständig ist, gemäß ZustKat Ord. Sie unterliegen dem Katastrophenschutz, das heißt, wir konnten erst im Januar mit den Arbeiten beginnen, haben im Januar eine Sitzung mit allen Bezirken bezüglich Landes- und Bundesbrunnen durchgeführt, um die Gesamtthematik, Berichtsauftrag, Auflagenbeschluss zu erläutern, vorzubereiten, sodass wir jetzt in Kürze das vollständige Ergebnis vorlegen können.

Zu der Eingangsbemerkung noch eine Aussage, in der Bevölkerung werde gefordert, die Straßenbrunnen zur Bewässerung zu nutzen. Beide Brunnenarten, sowohl die Landesbrunnen als

auch die Bundesbrunnen dienen nicht der Bewässerung der Straßenbäume. Ich kann nur sagen, in unserer Zuständigkeit für die Bundesbrunnen untersagt der Bund, die Straßenbäume zu bewässern, weil dadurch mehr Beschädigungen und dadurch erhöhte Reparaturen durch die Bevölkerung erzeugt werden. Bezuglich der Landesbrunnen kenne ich die Aufrufe nicht, aber bei den Bundesbrunnen ist es eindeutig die Vorgabe des Bundes, des BBK, die Straßenbäume damit nicht zu bewässern.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Heinemann – bitte!

Sven Heinemann (SPD): Das sollte man dann auch noch einmal mit den Bezirksstadträten besprechen. Mit sind jedenfalls Aufrufe aus Friedrichshain-Kreuzberg von entsprechenden Bezirksstadträten bekannt, diese Brunnen dafür zu nutzen. Ich persönlich finde das auch völlig gerechtfertigt, denn die Brunnen stehen nun einmal alle in öffentlichem Straßenland und werden auch für viele Dinge genutzt, die sicher nicht so nötig sind, wie zum Beispiel das Versorgen von Bäumen. Aber die Brunnen sind ja im Straßenland vorhanden, bloß viele funktionieren gar nicht. In Nichtkatastrophenzeiten sollte man überlegen, wenn wir bestimmte Hitzeperioden haben, die Brunnen dafür einzusetzen. Deswegen ist unser Ziel, hier für eine kontinuierliche Pflege zu sorgen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Hofer – bitte!

Torsten Hofer (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe einmal gehört, dass man diese Schwengelpumpen als Bevölkerung regelmäßig nutzen soll, also wenn man daran vorbeigeht, dass man an dem Hebel ziehen soll. Es ist tatsächlich so, dieses Wasser muss regelmäßig entnommen werden und aus irgendwelchen Gründen ist der Brunnen irgendwann kaputt, wenn die nicht oft genug benutzt werden. Dann muss der neu gebohrt werden. Das habe ich einmal gehört, das kann man im Internet nachlesen. Vielleicht können Sie dazu einmal etwas sagen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Weil es eine sehr fachliche Frage ist, würde ich diese gleich an die Fachverwaltung weitergeben.

Vorsitzende Franziska Becker: Bitte!

Dr. Marec Wedewarth (SenUVK): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Es gibt dazu unterschiedliche Auffassungen. Ich kann nur immer die Auffassung des BBK hinsichtlich der Bundesbrunnen nennen. Die sagen, durch laienhafte Betätigung der Pumpen gehen diese kaputt und die Reparaturkosten übersteigen ein Vielfaches dessen, was nicht benutzt wird. Es geht da um viele Details, die will ich jetzt nicht ausführen, wie so ein Brunnen aufgebaut ist. Brunnenbauer vertreten auch die Meinung, dass die eher nicht betätigt werden sollten.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay. Gibt es noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer stimmt der erbetenen Fristverlängerung bis zum 27. Mai zu? – Das sind die Koalitionsfraktionen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Das ist einstimmig. Dann ist dem zugestimmt.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich begrüße Herr Staatssekretär Streese und rufe auf:

Punkt 19 A der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV C 23 – vom 25.02.2020

Busspurvorhaben auf dem Hindenburgdamm

(Berichtsauftrag aus der 63. Sitzung vom 13.11.2019)

(in der 72. Sitzung am 25.03.2020 von der Konsensliste
genommen und auf die Tagesordnung dieser Sitzung
gesetzt)

[2564 K](#)

Haupt

Ich bitte Herrn Goiny um die Fragen.

Christian Goiny (CDU): Auch hier hätten wir noch einmal die Bitte um einen nachgehenden Bericht. Das sollte dann beantwortet werden, bevor die Busspur dort angeordnet wird. Zum Einen. Wir reichen das auch noch einmal schriftlich nach, Frau Vorsitzende. Uns geht es insbesondere darum, dass wir für die Buslinien dort genau die entsprechende Taksituation erhalten. Wir groß sind dort tatsächlich die Verspätungen, in welchem Zeitraum? Die Frage der verkehrlichen und fachlichen Notwendigkeit hätten wir hier an dieser Stelle gerne noch einmal erörtert – das ist in den Bericht nicht dargestellt – und dann natürlich auch die Berücksichtigung der Verkehrsentwicklung in diesem ganzen Bereich ohnehin. Sie wissen sicherlich, dass wir dort unten ein sehr großes Wohnungsbaugebiet haben, nämlich in Lichtenfelde-Süd. Das wird, ob man das will oder nicht dazu führen, dass dort mehr Menschen auch mit dem Auto langfahren werden. Wir haben außerdem die Situation, dass sich der Wohnungsbau in den angrenzenden Brandenburger Umlandgemeinden auch natürlich weiterentwickelt, sodass auch von dort mit einer entsprechenden weiteren Zunahme des Verkehrs zu rechnen ist. Wir haben im Grunde genommen nur den Straßenzug Goerzallee, Hindenburgdamm in Richtung Stadtautobahn und parallel eben die Strecke über den Ostpreußendamm. Beide sind einspurig. Beide leiden schon an einer großen Verkehrsbelastung. Die Busse haben insbesondere in der einspurigen Goerzallee und am Ostpreußendamm in den Verkehrsspitzenzeiten schon erheblich im Stau zu stehen, aus meiner Sicht gar nicht so sehr wie unten am Hindenburgdamm. Also ist es doch eher sinnvoll, und darum würden wir Sie auch bitten, uns einmal die perspektivische Entwicklung der Verkehrssituation in diesem Raum dort unten in Lichtenfelde und Lankwitz darzustellen und zu schauen, wie man dort perspektivisch zu einer vernünftigen Regelung kommt. Ich glaube, ein paar hundert Meter Busspur an einer Stelle, die bisher eigentlich gar nicht das größte Problem dort darstellt, ist keine Lösung. Da hätten wir gern auch noch einmal eine Zuarbeitung. Seitens der Senatsverwaltung für Wirtschaft gibt es verschiedentlich Bestrebungen, auch den Einzelhandel, der in diesen Wochen nun besonderes unter Corona leidet, zu stärken und zu unterstützen und Einkaufsstraßen davor zu schützen, dass sie sich noch weiter nach unten entwickeln und immer mehr Geschäfte schließen. Das Teilstück, über das Sie hier reden, ist eigentlich das einzige, wo noch ein wirklich ein interessanter Einzelhandelsbereich in diesem Bereich, im Norden Lichtenfeldes, zu verzeichnen ist. Sollten Sie auf die Idee kommen, dort die Parkplätze wegzunehmen und stattdessen die Busspur dort durchzuführen, ist das mit Sicherheit das Aus für viele Einzelhändler, die dort noch ansässig sind. Wir hätten gern noch einmal eine schriftliche Darstellung, welche Befragungen, Untersuchungen und Einschätzungen es auch von Seiten der Wirtschaftsverwaltung dazu gibt. Aus unserer Sicht müssten die verkehrliche Seite und die wirtschaftliche Seite dargelegt wer-

den, sonst kann man an dieser Stelle verantwortbar keine Busspur anordnen, weil es hier um eine sorgfältige Ermittlung und Abwägung der Rahmenbedingungen gibt, bevor man sich für eine solche Maßnahme entscheidet. Gerade die Situation der Anwohner in diesem Bereich – – In diesem Bereich hat man sehr erfolgreich vor Jahren ein befristetes Parken mit Parkuhr, die man in die Windschutzscheibe legt, angeordnet. Seitdem funktioniert das dort aus Sicht der Einzelhändler sehr gut. Da gibt es noch einen kleinen Supermarkt. Der hat dort eine Ladezone. Die wäre dort dann wahrscheinlich auch nicht mehr benutzbar. Es gibt eine ganze Reihe von Fragestellungen, die Sie hier leider in der Berichtsbitte dargelegt und sich dazu geäußert haben. Deswegen würden wir darum bitten, dass, bevor die Busspur dort angeordnet wird, Sie uns hier noch einmal im Hauptausschuss schriftlich zu den von mir eben skizzierten Fragen berichten. Sie müssten jetzt sagen, wie dringlich Sie das Vorhaben sehen. Wenn Sie sagen, dass es noch ein bisschen Zeit hat, dann wäre die Berichtsbitte entsprechend auch so. Wir hätten schon natürlich nicht erst am Tag, bevor Sie die Busspur anordnen, hier den Bericht als Vorlage, sondern natürlich schon mit einem Vorlauf, der möglicherweise auch noch einmal eine Beratung in der Bezirksverordnetenversammlung zu dem Thema ermöglicht. Sie müssten uns bitte einmal etwas zur Frist sagen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Staatssekretär, bitte sagen Sie etwas zu dem erbetenen Bericht und der Frist.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK): Schönen Dank! Es waren umfangreiche Fragen, die wir als Hauptverwaltung gern beantworten. Wir sind jetzt gerade im Prozess, dass wir uns mit der BVG auf die 700 Meter lange Spur jetzt geeignet haben und würden in den nächsten Wochen in die Anhörung der diversen Betroffenen, auch des Einzelhandels, des Bezirks und vielen anderen mehr gehen. Insofern wäre ein Zeitrahmen von etwa zwei Monaten angemessen. Jetzt haben wir natürlich Sommerpause. Eine Anordnung wäre jetzt, Stand heute, wo wir Anfang Mai haben, irgendwann im Juli denkbar. In zwei Wochen bekommen wir einen solchen Bericht nicht fertig. Es wäre jetzt die Frage, wie Ihre Zeitplanung dazu steht.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny noch einmal!

Christian Goiny (CDU): Wir meinen das schon ernst, dass wir das noch einmal diskutieren wollen. Die BVV kann im Sommer nicht tagen. Wir können nicht tagen. Dann würde ich doch darum bitten, dass Sie hier nicht vollendete Tatsachen an den politischen Gremien vorbei schaffen. Entweder schaffen Sie es, uns noch vor der Sommerpause zu berichten, dass man hier politisch darüber diskutieren kann, oder aber die Anordnung erfolgt erst nach der Sommerpause, nachdem hier im Hauptausschuss der Bericht vorgelegt hat und diskutiert worden ist. Das würde ich jetzt Ihnen anheimstellen. Dass jetzt hier aber vollendete Tatsachen geschaffen werden, zumal der Bericht schon länger herröhrt, – – Wir hatten die Sachen schon einmal angefragt. Es ist jetzt auch nicht unsere Schuld, dass wir noch einmal nachfragen müssen. Sie hätten es uns schon mitteilen können. Gerade vor dem Hintergrund eines größeren verkehrlichen Zusammenhangs, was die Region dort unten anbetrifft, ist es auch angemessen, dass es noch an eine Möglichkeit gibt, im Bezirk, in der Bezirksverordnetenversammlung, zu diskutieren, zumal bisher gar nicht klar ist, wie Sie sich das konkret vorstellen. Man kann im Moment gar nicht für die eine oder andere Variante eine Diskussion führen, weil die Zahlen, die Ihre Voraussetzung für die Anordnung der Busspuren sind, nicht bekannt sind, was die Takte der BVG, die Verspätungen, anbetrifft, Ihr verkehrliches Rahmenkonzept nicht klar ist und auch nicht klar ist, in welchem Umfang Sie jetzt eine wirtschaftspolitische Strate-

gie zur Rettung des Einzelhandels da unten haben. Dann kann man ihn nicht einfach in der Zwischenzeit eine Busspur anordnen, wenn man diese ganzen Dinge nicht darlegt und beantwortet. Ich würde sagen, dass wir das Thema in der ersten Sitzung nach der Sommerpause beraten, und vier Wochen später können Sie dann eine Entscheidung umsetzen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Streese! Ein Vorschlag.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK): Danke schön! Mir wäre jetzt nicht bekannt, dass wir diese Entscheidung vom Parlament abhängig machen sollten. Wir kommen Ihnen natürlich so weit wie möglich entgegen. Sie hatten bisher natürlich auch andere Möglichkeiten des Fragerechts gehabt. Wir versuchen aber, den Bericht so schnell wie möglich zu erstellen. Wir haben gleichzeitig aber auch das Erfordernis in der Stadtgesellschaft, übrigens auch bei einigen Wirtschaftstreibenden, die sich wünschen, dass man eben auch Einkaufsverkehr durch bessere Busverbindungen an die Geschäfte herantragen kann, dass wir jetzt solche Bussenstreifen aus Anordnung und Umsetzung nicht ewig in die Länge schieben. Es heißt sonst auch oft, die Verkehrsverwaltung braucht für Manches Zeit, in der Vergangenheit vielleicht ein bisschen länger. Insofern würde ich mich jetzt sehr ungern von einer Sommerpause, vielleicht von drei Monaten, davon verzögern lassen. Insofern würden wir sagen, wir versuchen, den Bericht so schnell wie möglich zu machen, dann sollte es wieder eingetaktet werden können.

Vorsitzende Franziska Becker: Meinen Sie denn, Sie können bis zum 27. Mai etwas skizzieren, sodass wir arbeitsfähige Unterlagen haben?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK): Ja, das sollte denkbar sein.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Erstens hatte ich vergessen zu sagen, dass ich zu dem Punkt gern ein Wortprotokoll hätte. Zweitens habe ich gar nichts dagegen, wenn Sie uns die Information eher zukommen lassen. Die Berichtsbitte stand zu heute auf der Tagesordnung. Wir wollen das gar nicht in die Länge ziehen, sondern haben einfach nur um Informationen gebeten. Das war unser Ansatz. Wir haben nun einmal hier das ganze Thema, weil es am Ende auch um Geld geht, die sogenannte Verkehrswende, die nicht funktioniert. Das haben wir in Haushaltsberatungen hinreichend diskutiert, was da alles schiefläuft. Das muss man jetzt nicht mit Maßnahmen retten, die für die Statistik gut sind, aber vor Ort für die Betroffenen schlecht. Alle, die mit dem Bus dort einkaufen fahren, kommen jetzt schon dorthin. Die brauchen die Busspur nicht, weil es hinreichend Haltestellen gibt. Sie schädigen alle anderen, die dort möglicherweise Dinge kaufen, die man nicht so einfach mit den Bus weg transportieren kann und auch den Lieferverkehr an der Stelle. Deswegen interessiert das Thema natürlich vor Ort schon. Es geht auch um die Frage der sinnvollen Verwendung von Haushaltssmitteln an dieser Stelle. Wir können das sehr gern am 27. Mai diskutieren.

Franziska Becker (SPD): Das Wortprotokoll ist beantragt. – Herr Wesener, bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Wenn schon ein Wortprotokoll beantragt ist, dann würde ich gerne meine, unsere, Sicht der Dinge auch entsprechend für die Ewigkeit festhalten. Ich stelle fest, dass der CDU-Fraktion, Herr Goiny, erst die Verkehrswende zu langsam ging, und jetzt geht sie Ihnen zu schnell.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Die ging uns nicht zu langsam, sondern es war einfach Quatsch, was Sie bisher gemacht haben. Ich darf das noch einmal sagen: Ihre Verkehrspolitik war in der Vergangenheit so, dass Millionen Euro für Fahrradverkehr zur Verfügung standen, der größte Einzelposten war grüne Farbe, die war noch nicht einmal wetterfest, und die Hälfte des Geldes haben Sie in der Vergangenheit gar nicht ausgegeben. Zu Ihren Fahrradschnellwegen hat uns die Senatorin persönlich in den Haushaltsberatungen erklärt, dass in dieser Wahlperiode kein einziger Fahrradschnellweg fertig wird, obwohl wir schon in der letzten Wahlperiode zusammen mit der SPD Planungsmittel zur Verfügung gestellt haben. Sie brauchen also sage und schreibe mindestens sieben Jahre, um den ersten Fahrradschnellweg, der diesen Namen auch verdient, und nicht eine bunte auf der Fahrbahn aufgemalte Straße ist, hier in Berlin umzusetzen. Da haben Sie den Mut hier zu sagen, wir wüssten nicht, ob es zu schnell oder zu langsam ginge. Nein, was Sie machen, funktioniert einfach gar nicht. Jetzt brauchen Sie eine Statistik für ein paar hundert Meter Busspur. Jetzt wird ohne Sinn und Verstand irgendwo etwas aufgemalt, nur damit Sie hinterher sagen können: „Die Verkehrswende war ein großer Erfolg. Wir haben jetzt ganz viele neue Busspuren angeordnet. Der Einzelhandel an der Strecke ist tot, aber da kann man auf Verluste keine Rücksicht nehmen.“ Das ist nicht unser Verständnis von Verkehrswende an der Stelle. Darüber wollen wir gern mit Ihnen weiter diskutieren in der Hoffnung, dass Sie doch noch einsichtig werden und dass Sie auch den Bezirk mit einbeziehen, weil wir dort die wunderbare Zusammenarbeit mit den Grünen haben und es dort auch Leute gibt – [Zuruf Torsten Schneider (SPD): Anwohner in Steglitz!] Natürlich Torsten, da fährst du ja auch dauernd vorbei. Ja, da ist auch die Autobahn –, damit wir dort auch entsprechend eine gute Lösung hinbekommen für alle Betroffenen und Beteiligte.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich gehe mal davon aus, dass Sie eine arbeitsfähige Grundlage zum 27. Mai bringen können. Das Wortprotokoll wird erstellt. Wir können den Tagesordnungspunkt jetzt abschließen und den Bericht zur Kenntnis nehmen.